

Binnenwirtschaft

Margot Schüller und Makbule Top

Wachstumsprognosen für 2006

Ende des 1. Quartals wurden von verschiedenen in- und ausländischen Organisationen die Wachstumsprognosen für das Jahr 2006 veröffentlicht.

In der letzten Ausgabe des „World Economic Outlook“ revidierte der Weltwährungsfonds (IWF) seine Wachstumserwartung für 2006. Gegenüber der im September 2005 angekündigten Prognose von 8,2% Wirtschaftswachstum geht der IWF nunmehr von einem Zuwachs von 9,5% aus. Nach der Neuberechnung der Wirtschaftskraft im letzten Jahr war die chinesische Wirtschaft nach IWF-Angaben die viertgrößte Wirtschaft auf Basis des US-Dollarwechsellkurses und die zweitgrößte auf Basis der Kaufkraftparität. Der IWF schlug außerdem in seinem Bericht vor, dass die enormen Devisenreserven als Polster bei einer Liberalisierung des Wechselkurses genutzt werden.

Auch die OECD korrigierte ihre Wachstumsannahmen nach oben. In ihrer zweimal jährlich erscheinenden Veröffentlichung „Economic Outlook“ geht die OECD davon aus, dass das Wachstum im Jahr 2006 ein Niveau von 9,7% – und nicht wie vorher angegeben von 9,4% – erreichen wird. In ihrem Bericht warnte die OECD vor zu hoher Liquidität, die zu einer Spekulationsblase im Immobiliensektor führen könnte. Die Erhöhung der Kreditzinsen durch die Zentralbank im April d.J. nannte die OECD

einen richtigen Schritt, um Überhitzungstendenzen abzukühlen.

In ihrem ersten Quartalsbericht nahm auch die Weltbank für China eine Korrektur der Wachstumserwartungen für das Jahr 2006 vor. Basierend auf dem starken Zuwachs im 1. Quartal d.J. geht die Bank von einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von 9,5% gegenüber ursprünglich 9,2% aus. Dieser Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Regierung die Investitionsentwicklung unter Kontrolle halten kann. Aus Sicht der Bank erschwerten nach wie vor hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland die Geldpolitik der Regierung. Allerdings sei es der Regierung im Wesentlichen durch ihre Politik der hohen Bankenliquidität und damit verbundenen niedrigen Interbanken-Zinssätze gelungen, die Herausforderungen zu bewältigen, die durch das Wechselkursregime entstanden seien. Allerdings würde weitere Aufwertungsschritte hilfreich sein, um den Aufbau neuer Überschussliquidität durch den Zufluss von Auslandskapital zu beschränken.

Anfang April veröffentlichte die Asian Development Bank (ADB) ihre Prognose für das diesjährige Wirtschaftswachstum. Der ADB zufolge kann im Jahre 2006 mit einem Wachstum von 9,5% und im Jahre 2007 von 8,8% gerechnet werden. Als Grund für den – wenn auch nur geringfügigen Rückgang – nimmt die ADB die stärkere Konzentration der chinesischen Regierung auf soziale Probleme und Umweltfragen an, die als Folge der sehr schnellen wirtschaftlichen Expansion entstanden seien.

Die chinesische Zentralbank erwartete noch im März, dass das Wachstum in diesem

Jahr schrittweise zurückgehen werde, und zwar von 9,2% im 1. Quartal auf 8,7% im 4. Quartal. Tatsächlich jedoch verzeichnete das Wachstum in den ersten drei Monaten eine Zunahme um 10,3% nach Angaben des National Bureau of Statistics.

Das Wachstum im 1. Quartal wurde erneut vor allem durch die Ausweitung der Anlageinvestitionen getragen, die um 27,7% zunahm. Hierbei spielten „nichtstaatliche“ Unternehmen eine wichtige Rolle, da ihre Investitionen um 37,3% zunahm, während die staatlicher Unternehmen ein Wachstum von 20,7% aufwies.

Signale, dass das derzeitige Wachstumstempo als zu hoch eingeschätzt wurde, kamen auch von Staatspräsident Hu Jintao Ende April. Um das Entwicklungstempo zu dämpfen, kündigte die Regierung Ende April an, die Investitionen in bestimmten Industrien sowie die Kreditvergabe und die Landnutzung für den Immobiliensektor stärker zu kontrollieren. (WSJ, 19.4.06; 24.5.; XNA, 6.4.06, 10.5.; SCMP, 28.3.; 17.; 26.; 27.4.06) -schü-

Staatlicher Aktionsplan für IPR-Schutz

Angesichts des erhöhten Drucks, der vor allem von Seiten der USA, EU und Japans auf China ausgeübt wird und effektivere Maßnahmen gegen Produktpiraterie und den Diebstahl geistigen Eigentums fordert, richtete die chinesische Regierung zu Beginn dieses Jahres eine entsprechende Arbeitsgruppe ein, die damit beauftragt wurde, einen Aktionsplan zum Schutz des geistigen Eigentums auszuarbeiten. Mit der Formulierung des

Aktionsplans will die chinesische Regierung ein Zeichen setzen und auf ihre Anstrengungen in diesem Bereich hinweisen.

Den Vorsitz der Arbeitsgruppe, übernahm Wu Yi, stellvertretende Ministerpräsidentin Chinas. Zusammen mit 17 weiteren Mitgliedern, die in ihrer Funktion als Leiter verschiedener chinesischer Ministerien und Behörden tätig sind und zu deren Aufgabenbereich der Schutz geistigen Eigentums zählt, wurde der Aktionsplan weiter ausgearbeitet und im April verabschiedet.

Das vorrangige Ziel des „chinesischen Aktionsplanes zum Schutz des geistigen Eigentums“ (*zhongguo baohu zhishi chanquan xingdong jihua shuoming*) ist es, die gewerblichen Schutz- und Urheberrechte besser als in der Vergangenheit zu gewährleisten.

Einflussbereich des Aktionsplans

Der Aktionsplan für den Schutz geistigen Eigentums, umfasst vier Hauptbereiche: Markenschutz (trade mark), Urheberrecht (copyright), Patente sowie Import und Export. Damit sind elf verschiedene Behörden und Ministerien, darunter u.a. das Ministerium für Öffentliche Sicherheit, das Handelsministerium, das Kulturministerium, das Ministerium für Informationsindustrie etc. in den Aktionsplan mit einbezogen.

Maßnahmen des Aktionsplans

Der Aktionsplan der Regierung sieht folgende Ausführungsbestimmungen vor:

1. Pläne für neue Gesetzgebung
Entsprechend des Aktionsplans wird die chinesische Regierung bezüglich des Markenschutzes, des Urheberrechts, der Patente sowie des Konsumentenschut-

zes zahlreiche Gesetze und Vorschriften überprüfen, zugunsten der Rechtsinhaber verbessern und neu formulieren.

2. Härtere Strafverfolgungsmaßnahmen
Gemäss des Aktionsplans sollen für bestimmte Zuwiderhandlungen und illegale Aktivitäten in Bezug auf Produktpiraterie zukünftig härtere Strafen durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang startete die chinesische Regierung sieben verschiedene Kampagnen, die das vorrangige Ziel verfolgen, den Zugang von gefälschten Produkten auf Märkte, Messen und im Internet zu verhindern.

3. Bessere Koordination zwischen den Institutionen

Die Regierung unternimmt laut Aktionsplan in diesem Jahr weit reichende Anstrengungen, um einen effektiveren Koordinationsmechanismus zwischen den bereits bestehenden Institutionen zu schaffen. Hinzu kommen neue staatliche Dienstleistungsstellen in zahlreichen chinesischen Städten, die sich sowohl mit der Berichterstattung von Verletzungen des geistigen Eigentums beschäftigen als auch Beschwerden entgegennehmen.

4. Stärkung des Bewusstseins der Öffentlichkeit

Um das Bewusstsein der chinesischen Öffentlichkeit auf die Relevanz des Schutzes von geistigem Eigentum zu lenken, hat die Regierung im April mehrere öffentliche Veranstaltungen zu diesem Thema organisiert. Darüber hinaus wurden Pressekongresse, Seminare, Symposien etc. diesbezüglich abgehalten, IPR-spezifische Fernsehprogramme ausgestrahlt und Bücher und Zeitschriften veröffentlicht.

5. Ausbildung von IPR Experten

Dieses Projekt hat zum Ziel, chinesische Experten zum Thema Schutz geistigen Eigentums auszubilden. Der aktuelle 11. Fünfjahresplan der Regierung sieht ebenfalls die Ausbildung einiger hundert IPR-Experten vor und Tausende von Spezialisten sollen sich auf das Patentmanagement und die Strafverfolgung etc. konzentrieren. Weitere Zehntausende qualifizierte Chinesen sollen sich dem Recht geistigen Eigentums auf Unternehmensebene und in öffentlichen Institutionen widmen.

6. Internationale Kommunikation und Kooperation

Gemäss Aktionsplan soll die internationale Kooperation zwischen China und anderen WTO-Mitgliedern gefördert werden. Dementsprechend fördert die Regierung in diesem Jahr 19 verschiedene Austausch- und Kooperationsaktivitäten, darunter sieben mit den USA.

7. Förderung der Selbstdisziplin in Unternehmen

Im Rahmen des Aktionsplans werden dieses Jahr insgesamt drei Projekte gefördert, die darauf abzielen, den Unternehmen ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung des Schutzes geistigen Eigentums zu verleihen. Die Arbeitsgruppe wendet sich hierbei vor allem an die Computerhersteller und fordert sie dazu auf, die von ihnen hergestellten Computer vor dem Verkauf mit legaler Software vorzuinstallieren. Darüber hinaus werden Unternehmen dazu ermahnt, nur legale Software in Betrieb zu nehmen und Compu-

ter mit legaler vorinstallierter Software zu erwerben.

8. Staatliche Dienstleistungen für Inhaber geistigen Eigentums

Dem Aktionsplan zufolge, sollen den Unternehmen in Zukunft umfangreichere IPR-bezogene Informationen zur Verfügung stehen. Dies soll durch entsprechende Internetseiten, die von Regierungsstellen veröffentlicht werden, ermöglicht werden.

9. Untersuchungen

Der Aktionsplan sieht für dieses Jahr weitere Bereiche vor, die detaillierte Untersuchungen bezüglich des Schutzes geistigen Eigentums erfordern. So zum Beispiel im pharmazeutischen Umfeld oder in der Verbesserung der rechtlichen Mechanismen, die den Schutz geistigen Eigentums gewährleisten können.

(People's Daily Online: 09.06.06, http://english.people.com.cn/200604/30/eng20060430_262334.html) -top-

Erhöhung der Leitzinsen: Zentralbank will Überhitzung eindämmen

Als Reaktion auf die starke Ausweitung der Anlageinvestitionen um 27,7% im 1. Quartal 2006 beschloss die Zentralbank Ende April dieses Jahres eine Erhöhung der Leitzinsen. Für Kredite mit einjähriger Laufzeit wurden die Zinsen um 0,27% auf 5,85% angehoben. Keine Veränderung erfolgte bei den Zinsen auf Einlagen. Weiterhin gelten 2,25% für Einlagen mit einjähriger Laufzeit. Dies ist die erste Erhöhung der Leitzinsen für Kredite seit Oktober 2004, als die Ver-

teuerung ebenfalls um denselben Zinsschritt erfolgte.

Statistiken der Zentralbank weisen auf die sehr hohe Entwicklung der Geldmenge und des Kreditvolumens hin. So stieg im 1. Quartal die Geldmenge M 2 um 18,8%. Weiterhin wurde bereits rd. die Hälfte des Gesamtkreditvolumens in den ersten Monaten d.J. in Anspruch genommen. Das Gesamtvolumen der Kredite stieg um 14,7% gegenüber der Vorjahresperiode; dies waren 1,7 Prozentpunkte mehr als im 1.Quartal 2005.

Von der Erhöhung der Leitzinsen wird vor allem eine positive Wirkung auf den überhitzten Immobiliensektor erwartet. Fan Jianping vom State Information Center zufolge werden die höheren Leitzinsen zu einer Verteuerung der Hypothekenkredite führen und die Nachfrage nach Immobilien einschränken.

Die Erhöhung der Kreditzinsen bei unveränderten Einlagenzinsen kommt gleichzeitig der Ertragslage der Banken zugute. Da die Regierung die Ausweitung der privaten Nachfrage verfolgt, wäre eine Erhöhung der Einlagenzinsen auch nicht angebracht gewesen.

Ob die geringfügige Erhöhung der Leitzinsen ausreichen wird, um das hohe Wachstum abzubremsen, wird vielfach bezweifelt. Aus diesem Grund erwarten viele Marktbeobachter, dass die Regierung zusätzliche Maßnahmen zur Kreditbeschränkung durchsetzen wird. (XNA, 28.4., 14.5.06; NZZ, 29./30.4.06; HB, 29.4-1.5.; 2.5.06) -schü-

E&Y-Studie zum Bankensystem wird zurückgezogen

Mitte Mai hat die Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young (E&Y) eine Anfang des Monats veröffentlichte Studie auf Druck der chinesischen Regierung wieder zurückgezogen.

Die Kritik an der Studie kam speziell von der Zentralbank, die gegen eine aus ihrer Sicht falsche Schätzung der Höhe der faulen Kredite der Banken protestierte. Auf der Homepage der Zentralbank hieß es im Einzelnen dazu, ohne den Namen von E&Y zu nennen: „The overseas accounting firm’s so-called research report ... not only greatly distorted the current asset quality of China’s banking industry, but also has great discrepancy with its audit results on many Chinese financial institutions.“ (WSJ, 12.5.06)

Dem E&Y-Bericht zufolge soll sich das Volumen der faulen Kredite der vier großen Staatsbanken auf 358 Mrd. US\$ belaufen; für das gesamte Bankensystem wurde in der Studie von einem Umfang fauler Kredite von rd. 900 Mrd. US\$ ausgegangen. Damit lag die Schätzung von E&Y weitaus höher als die offizielle Angabe der faulen Kredite. Das geschätzte Volumen fauler Kredite würde rd. 40% des chinesischen BIP ausmachen; bisher sollen bereits rd. 24-30% des BIP für die Sanierung der Banken aufgewandt worden sein.

E&Y begründeten die unterschiedlichen Statistiken zunächst mit der Übernahme nicht verifizierter Prognosedaten aus anderen Studie. Hierbei ging es um eine Studie der UBS, die für den Zeitraum 2002 bis 2004 das Volumen der faulen Kredite berechnet

hatten. Später wurden die Unterschiede mit bilanztechnischen Unterschieden begründet. Den Rückzug der Studie erklärt E&Y nunmehr lapidar damit, dass das angegebene Volumen der faulen Kredite falsch sei.

Die offizielle Angabe über die Höhe dieser faulen Kredite beläuft sich auf 164 Mrd. US\$ Ende März 2006. Die Quote der faulen Kredite betrug in drei der vier großen Staatsbanken 3,8% bis 5,4%.

Problematisch ist aus Sicht von Marktbeobachtern, dass es eine Vielzahl von versteckten faulen Krediten gebe. Bankanalysten der Ratingagentur Moody’s Investors Service Inc. in Hongkong kritisieren die sehr enge Definition für „faule Kredite“.

Auch vor dem Hintergrund, dass von der chinesischen Bankaufsichtsbehörde, der China Banking Regulatory Commission, eine weitere Ausweitung der uneinbringlichen Kredite befürchtet wird, reagierte diese Mitte Mai mit einer strengen Auflage für die fünf größten Banken. So dürfen diese Banken nach ihrer Umstrukturierung den Umfang der faulen Kredite nicht auf über 5% steigen lassen. Weiterhin müssen die Banken eine Eigenkapitalquote von 8% aufweisen. Im Einzelnen sind von dieser Regel die Bank of China, die China Construction Bank, die Bank of Communications, die Industrial and Commercial Bank of China und die Agricultural Bank of China betroffen. (WSJ, 11., 12. und 16.5.06; FTD, 16., 17.5.06; HB, 17.5.06) -schü-